

Martin Winkler

# UNTER NEHMER ISCHE VERANT WORT UNG

Zivilgesellschaftliches Manifest  
für eine nachhaltige Marktwirtschaft

Verein.  
Respekt.  
net



FÜR  
GESELLSCHAFTS  
POLITISCHES  
ENGAGEMENT



# UNTERNEHMERISCHE VERANTWORTUNG

Zivilgesellschaftliches Manifest  
für eine nachhaltige Marktwirtschaft

März 2016

Gleichberechtigung und Wertschätzung beider Geschlechter ist uns sehr wichtig, aber die Länge und Lesbarkeit des Textes erfordert Kompromisse. Wenn im nachfolgenden Text der Begriff Unternehmer alleinstehend verwendet wird, so sind damit immer beide Geschlechter gemeint.

Für den Inhalt verantwortlich:

Respekt.net – Verein zur Förderung von Respekt, Toleranz,  
Offenheit und solidarischem Fortschritt in der Gesellschaft

Alser Straße 21/11, 1080 Wien

ZVR 389872535

[verein.respekt.net](http://verein.respekt.net)

© 2016 Verein.Respekt.net

Alle Rechte, insbesondere das des auszugsweisen Abdrucks  
und das der fotomechanischen Wiedergabe, vorbehalten.

Grafische Gestaltung, Satz: BoutiqueBrutal.com

Korrektorat: Stephan Gruber, feintext.eu

Produktion: schulterwurf.at

## Inhalt

Einleitung	7
THESE 1 Wir Unternehmer tragen Verantwortung für Vollbeschäftigung!	15
THESE 2 Wir Unternehmer tragen Verantwortung für Job-schaffende Innovationen!	21
THESE 3 Wir Unternehmer tragen Verantwortung für auskömmliche Einkommen!	24
THESE 4 Wir Unternehmer tragen Verantwortung für eine gerechte Verteilung des Vermögens!	28
THESE 5 Wir Unternehmer tragen Verantwortung für einen leistungsfähigen Staat!	33

THESE 6	
Wir Unternehmer tragen Verantwortung für ein ausreichendes Steueraufkommen!	39
THESE 7	
Wir Unternehmer tragen Verantwortung für ein durchlässiges Bildungssystem!	44
THESE 8	
Wir Unternehmer tragen Verantwortung für die Durchlässigkeit unserer Gesellschaft!	47
THESE 9	
Wir Unternehmer tragen Verantwortung für die Integration der Flüchtlinge und Zuwanderer!	52
THESE 10	
Wir Unternehmer tragen Verantwortung für unsere eigenen Einrichtungen!	56
THESE 11	
Wir Unternehmer tragen Verantwortung für eine saubere Politik!	59
Literaturverzeichnis	62

## Einleitung

Unternehmerischer Geist wird in unserem Land von sehr vielen Menschen gelebt. Die meisten bereichern damit ihre Familien, ihren Freundeskreis und/oder einen Sport-, Freizeit-, Sozial- oder Kulturverein. Viele Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter von Unternehmungen entwickeln einen ausgesprochenen unternehmerischen Geist, der zur hohen Produktivität und zur Innovationskraft unserer Marktwirtschaft ganz wesentlich beiträgt. Künstler, Wissenschaftler oder Sportler bringen eine besondere Form unternehmerischen Geists zum Leben. Wir wissen alle diese Beiträge sehr zu schätzen. Wenn wir über unternehmerischen Geist und über die unternehmerische Verantwortung sprechen, dann meinen wir aber damit primär jene Personen, die Unternehmungen besitzen oder diese als Führungskräfte leiten. Diese Personen bestimmen in einem hohen Ausmaß, was in ihren Unternehmungen passiert (Investitionen, Beschäftigung, Gewinnentstehung und -verwendung), und sie bestimmen auch, wer in den unternehmerischen Interessensverbänden (Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung) das Sagen hat.

Natürlich sind Unternehmenseigner und deren Manager intensiv mit allen anderen Menschen und vor allem auch mit den staatlichen Institutionen in unserem Land verbunden, und ihre Verantwortung ist in den meisten Fällen daher nur eine Mitverantwortung. Dennoch ist es zulässig, nach der

besonderen Form der unternehmerischen Verantwortung zu suchen. Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Management (vor allem von großen Unternehmungen) verfügen über mehr Macht und Einfluss als der Durchschnittsbürger. Abseits der einzelnen Unternehmer und Manager beeinflussen vor allem unternehmerische Interessensverbände unser Leben in vielfältiger Form durch Ausübung von politischer und wirtschaftlicher Macht. Der Einwand ist berechtigt, ob sich Verantwortung in einer globalisierten und komplexer werdenden Welt noch so einfach zuordnen lässt. Wir glauben ja, und wir wollen uns dieser Herausforderung der Verantwortungsabgrenzung stellen und der Verantwortung bzw. richtigerweise der Mitverantwortung von Unternehmern und Unternehmerinnen nachgehen. Wir leuchten dafür alle jene Themen aus, die wir für eine funktionierende Marktwirtschaft als wesentlich erachten.

An den Anfang stellen wir jene moralischen Fragen, die als zeitlos gelten. Woran orientieren sich Unternehmer und Manager und was leitet unternehmerisches Handeln an?

Als Kardinaltugenden des abendländischen Handelns gelten nach dem christlichen deutschen Philosophen Josef Pieper »die Klugheit, die Gerechtigkeit, die Tapferkeit und die Mäßigung«. Ausgehend von Platon und Aristoteles haben sie zeitlose Bedeutung erlangt. Sie haben auch im unternehmerischen Handeln ihre Entsprechung gefunden. Klugheit wird begleitet von Neugier, Lernfähigkeit, Umsicht, Überblick, aber auch Vorsicht. Gerechtigkeit basiert auf einer fairen Entsprechung



von Leistung oder Ware und dem vertraglich vereinbarten Entgelt. Gerechtigkeit braucht auch eine Annäherung der ökonomischen Lebensumstände, weil »eine zu große Spreizung von Arm und Reich keine gerechten Verträge mehr ermöglicht«, wie es der französische Soziologe Émile Durkheim so treffend formulierte. Unternehmerinnen und Unternehmer nehmen Risiken und dafür braucht es Tapferkeit, Mut, Initiative und Beharrlichkeit. Ja, manchmal braucht es auch die Besessenheit von einer Idee für den Erfolg. Die schwierigste Tugend für einen echten Unternehmer ist sicherlich die Mäßigung, da sie Sparsamkeit, Selbstbeherrschung und Maßhalten auch in der Euphorie des Erfolgs verlangt. Die Tugend der Mäßigung bewahrt eine unternehmerische Persönlichkeit letztlich davor, die reine Anhäufung von Vermögen als Lebensziel zu verinnerlichen.

In der jüngeren Vergangenheit haben Offenheit, Toleranz und Respekt die unternehmerischen Tugenden entsprechend den Herausforderungen einer zunehmend globalisierten Welt erweitert. Ohne Respekt ist kein globales, grenzüberschreitendes Handeln und unternehmerisches Dasein möglich.

Jeder von uns würde auch den Fleiß als weitere unternehmerische Tugend gelten lassen, oder auch die Aufrichtigkeit. Gerade die Tugend der Aufrichtigkeit erhält in einer komplexen, sich rasch ändernden Welt eine stark wachsende Bedeutung. Wir werden später noch an mehreren Stellen auf die Bedeutung der Aufrichtigkeit für die Moral in einer Gesellschaft zurückkommen.

Diese kurze Auflistung der unternehmerischen Tugenden fühlt sich bereits als großer Rucksack für das unternehmerische Handeln an. Der Unternehmer soll tugendhaft und damit »nützlich« sein. Aber reicht tugendhaftes unternehmerisches Verhalten in der heutigen Zeit aus?

Als Unternehmer läuft man leicht Gefahr, sich zu sehr auf »das Private«, auf die eigene Sache, zu konzentrieren. Bereits die alten Griechen erkannten, dass der Mensch sich nicht auf das »nützliche« Private beschränken kann. Er muss sich darüber hinaus seiner »öffentlichen«, seiner »politischen« Existenz widmen. Die deutsch-amerikanische Philosophin Hannah Arendt hat in ihrem Buch »Vita activa« dieses Thema eingehend analysiert. Im zweiten Kapitel behandelt sie den Raum des Öffentlichen und den Bereich des Privaten. Wer sich nur dem Privatleben zuwendet, beraubt sich laut Arendt selbst wesentlicher menschlicher Dinge. Sie zitiert unter anderem den mittelalterlichen christlichen Philosophen Thomas von Aquin, der kurz und knapp befindet: »Der Mensch ist von Natur aus politisch, das heißt gesellschaftlich.«

Jedes private Engagement ist eingebettet in den öffentlichen Raum. Über die Ausgestaltung des öffentlichen Raums befinden seit der Umsetzung der Werte der Französischen Revolution die vor dem Gesetz »Gleichen«. Zu diesen Gleichen gehört jeder bzw. jede von uns. Alle haben wir die Freiheit der eigenen Meinung und der Mitentscheidung. Das Öffentliche soll entsprechend den Werten der bürgerlichen Französischen

Revolution neben der Freiheit und der Gleichheit auch von der Brüderlichkeit bestimmt werden.

Freiheit wird von manchen Unternehmern vorschnell als wichtigster Wert gereiht. Für das gute Leben, für eine positive Entwicklung des Gemeinsamen (der Gesellschaft) braucht es jedenfalls gleichberechtigt auch die Gleichheit und die Brüderlichkeit (heute ist Solidarität der gängigere Begriff dafür). Es war kein Zufall, dass die bürgerlichen Denker die Begriffe der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit zu einer Dreieinigkeit zusammengefasst haben. Diese Dreieinigkeit bildet die Grundlage für den Wohlstand der Nationen.

Diesen Umstand und die Bedeutung für unseren Wohlstand haben die amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Daron Acemoglu und James A. Robinson in ihrem Buch »Warum Nationen scheitern« eingehend untersucht. Sie stellten fest, dass gut funktionierende wirtschaftliche und politische Institutionen die Grundlage für erfolgreiche Nationen sind. Sie sprechen in ihrem Buch von institutionellen »Tugendkreisen«, die sich gegenseitig verstärken. Diese Tugendkreise beschneiden den kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteil von mächtigen Eliten, schränken durch Rechtsstaatlichkeit und »inklusive Institutionen« die wirtschaftliche und politische Macht von Eliten ein und bilden damit die Grundlage für wirtschaftliche Dynamik. Sie folgen der Dreieinigkeit von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Das »tugendhafte« Zurückweichen der Eliten in Großbritannien (vielfach erfolgte auch dort ein Zurückdrängen

durch Aufstände und kleinere und größere Rebellionen) führte dort im 19. Jahrhundert zum großen Aufschwung, während konservative Systeme wie Österreich-Ungarn weiter Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit enormer Repression bekämpften und daher wirtschaftlich dahinmoderten. Die besondere Rückständigkeit Österreich-Ungarns wird an mehreren Stellen von Acemoglu und Robinson eingehend abgehandelt. Ein großartig offener Satz des Adligen Friedrich von Gentz, eines Mitarbeiters von Metternich, bringt die Haltung der Habsburger und ihrer diensteifrigen Statthalter auf den Punkt: »Wir wünschen nicht, dass die großen Massen wohlhabend und unabhängig werden ... Wie sollten wir dann über sie herrschen?« Das Ergebnis war wirtschaftliche Agonie und politischer Niedergang in Österreich-Ungarn. An dessen Ende stand der Erste Weltkrieg. Letztlich war den Habsburgern und ihrem verbündeten Hochadel ein Krieg mit Millionen Toten lieber als das Abgeben ihrer Macht. Die angesprochenen Tugendkreise reflektieren auch die alten griechisch-römischen Werte der Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Mäßigung, die von den christlichen Denkern weitertradiert wurden. Die damaligen Herrschenden in Österreich-Ungarn hätten sie also auch aus diesem Wertegerüst entwickeln können und nicht nur aus der modernen, liberalen bürgerlichen Tradition.

Tugendkreise sind öffentliche Regelungen bzw. Regelungen für unser Zusammenleben, die auch Unternehmer und Unternehmerinnen klug, gerecht, mutig und mäßigend beeinflussen sollten. Wenn das private, tugendhafte Leben für Unternehmer

(und natürlich auch für alle anderen Staatsbürger) nicht ausreicht und es öffentliche Tugendkreise braucht, dann sind wir rasch beim Thema der Verantwortung von Unternehmern für das Öffentliche, für die Gesellschaft.

Kurz und knapp: »Wir Unternehmer und Unternehmerinnen tragen Verantwortung für die Gesellschaft, in der wir leben!« An diese Feststellung reiht sich die Frage, welche Verantwortung wir Unternehmer konkret tragen sollen bzw. wofür genau Unternehmer Verantwortung tragen.

Martin Winkler

Ein großes Dankeschön für Hinweise und Anregungen gebührt Franz Fischler, Christian Köck, Wolfgang Petritsch, Heide Schmidt, Josef Schuch, Josef Vinatzer, Roland Wadl, Philipp Walz und Heidelinde Winkler.



## These 1

### WIR UNTERNEHMER TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR VOLLBESCHÄFTIGUNG!

Das wichtigste Thema unternehmerischer Verantwortung ist die Teilnahme an und die Organisation von Marktprozessen in einer Form, die zur Beschäftigung aller Menschen führt, die arbeiten möchten. Anders ausgedrückt nennt man diesen Sollzustand »Vollbeschäftigung«. Eine gute, funktionierende Marktwirtschaft versucht »Vollbeschäftigung« zu erreichen. Wenn unsere Marktwirtschaft über längere Zeit keine ausreichende Beschäftigung für alle ermöglicht oder kein ausreichendes Einkommen für eine wachsende Anzahl von Beschäftigten, dann sinkt damit die generelle Anerkennung und Wertschätzung von Arbeit. Leider dauert diese Entwicklung nun bereits zwei Jahrzehnte an.

Die »faire« Vergütung für Arbeit und Anstrengung ist ein wichtiger Tugendkreis unserer Marktwirtschaft. Solange »gerechter Lohn« für »ehrliche Arbeit« für alle gilt, solange hält der »soziale Kitt« in unserer Gesellschaft. Wir wissen aus der Geschichte der zahllosen Lohnverhandlungen, dass sich die Bewertungen bezüglich »gerecht« und »ehrlich« oftmals unterscheiden. Diese unterschiedlichen Bewertungen hält ein belastbarer »sozialer Kitt« gut aus. Wenn aber keine Arbeit oder immer mehr offensichtlich nichtauskömmliche Einkommen angeboten werden, dann geht es nicht mehr um Fragen

der Bewertung. Das Buch von Florence Aubenas »Putze. Mein Leben im Dreck« gibt einen überzeugenden Eindruck, was ein »nichtauskömmliches Einkommen« und »mangelnde Wertschätzung« im Arbeitsalltag von Reinigungskräften ist. Wenn der Sozialvertrag nicht mehr gilt und man als Gleiche bzw. Gleicher unter Gleichen von der Marktwirtschaft ignoriert oder vergessen wird, dann droht ein moralischer Verfall.

Der deutsche Philosoph Axel Honneth hat in seinem Opus magnum »Das Recht der Freiheit« im Kapitel »Markt und Moral« diese Zusammenhänge dargestellt. Eine funktionierende Marktwirtschaft braucht eine moralische Grundlage. Wenn diese abhandenkommt, dann gibt es wachsende Probleme. In einer Fußnote verweist er unter anderem auf das lesenswerte Buch von Lisa Dodson »The Moral Underground. How Ordinary Americans Subvert an Unfair Economy«. Darin werden die vielfältigen stummen Regelverletzungen von Arbeitnehmern in einer als unfair erlebten Arbeitswelt behandelt. Die Produktivität sinkt dadurch natürlich, und der kurzfristige Vorteil für Unternehmer wird langsam, aber nachhaltig infrage gestellt.

Die Tugendkreise unserer erfolgreichen Marktwirtschaften brauchen dringend eine Erneuerung. Dafür sind im ersten Schritt jene Bereiche zu benennen, die einer stärkeren unternehmerischen Verantwortung bedürfen. Dazu zählt auch die Vollbeschäftigung.

Es ist eine sehr problematische Vereinfachung, das Schaffen von Arbeitsplätzen nur einer Sphäre der kooperativen



wirtschaftlichen Aktivität zuzuordnen. Arbeitsplätze werden nicht allein von Unternehmern und Unternehmerinnen in einer unwirklich isolierten Eigenständigkeit geschaffen, sondern Arbeitsplätze werden von Unternehmern, öffentlichen Nachfragern und privaten Konsumenten auf Märkten geschaffen, die sich in zahlreichen Wechselwirkungen mit staatlichen Einrichtungen und deren Regelungen befinden. Der Slogan »Nur Unternehmer schaffen Arbeitsplätze« ist nicht nur falsch, sondern auch für uns Unternehmer gefährlich. Mariana Mazzucato hat in »Das Kapital des Staates« eine hervorragende Analyse der für Innovation und Wachstum unentbehrlichen Kooperation von Staat und Unternehmungen aufbereitet. Unternehmer, die diese Kooperationsbeziehung von Staat und Unternehmungen nicht ausreichend berücksichtigen, schwächen langfristig Innovation und Wachstum sowohl in ihrem eigenen Unternehmen als auch in der Gesamtwirtschaft.

Die Kampagnen der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und der Industriellenvereinigung (IV) folgen fast ausschließlich dem kurzfristigen unternehmerischen Nutzen und weniger den langfristigen unternehmerischen Tugenden. Von Tugendkreisen kann nicht gesprochen werden, wenn das Zusammenspiel von Unternehmen, öffentlicher Nachfrage und privatem Konsum nicht als essenzieller Kreislauf verstanden und dieses Zusammenwirken positiv propagiert wird. Beide Interessensvertretungen, WKÖ und IV, übertreffen sich dabei, die bestehenden Arbeitsplätze in Österreich samt und sonders als alleinige Leistungen von Unternehmern darzustellen. Es

gibt viele Argumente, die gegen eine solche Kampagnenorientierung sprechen. Ein Argument soll hier noch kurz angeführt werden. Wenn es ausschließlich an uns Unternehmern liegt, dass es die vorhandenen Arbeitsplätze gibt, dann sind wir Unternehmer auch alleine dafür verantwortlich, dass aktuell mehr als 400 000 Arbeitsplätze am österreichischen Arbeitsmarkt fehlen. Wollen und können wir Unternehmer diese Verantwortung wirklich alleine schultern? Sind Unternehmer und Unternehmerinnen in Österreich alleine verantwortlich für ein mangelndes Funktionieren der Marktwirtschaft in unserem Land, in Europa und global? Große Worte fallen rasch in sich zusammen, wenn wir sie zu Ende denken.

Das öffentliche Agieren von WKÖ und IV bei der großen Herausforderung Vollbeschäftigung ist beschämend, wenn wir das großspurige Auftreten bezüglich der Alleinverantwortung für jeden geschaffenen Arbeitsplatz bedenken. Unternehmerische Tugenden verlangen Mäßigung auch bei öffentlichen Fragen. Besondere Mäßigung oder vielmehr »Demut« ist bei den Fragen empfehlenswert, deren Lösung in einer komplexen, globalisierten Welt nicht einfach zu erreichen ist. Das gilt insbesondere für die Frage der Vollbeschäftigung.

Es wäre klug, wenn unsere Interessensvertretungen im Sinne der Weiterentwicklung der Tugendkreise an dem Thema Vollbeschäftigung stärker öffentlich arbeiten würden. Gerade die mächtigsten Unternehmerinnen und Unternehmer sollten sich zu Wort melden und die Bedeutung der Vollbeschäftigung als Zielsetzung unserer westlichen Marktwirtschaft unter-

streichen. Es braucht Mut und Tapferkeit für Wortmeldungen bei dieser Debatte, aber es braucht auch Hoffnung in unserer »post-optimistischen Welt« für alle arbeitssuchenden Menschen, wie es der christliche Philosoph Tomas Halik formuliert hat. Wenn nur mehr die Perspektive steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Löhne von uns Unternehmern oder von unseren Unternehmerverbänden angeboten wird, dann gibt es auch stark abnehmende Feedback-Schleifen zwischen Konsumenten und Unternehmungen. Letztlich kaufen neben den öffentlichen Einrichtungen und den anderen Unternehmungen die Konsumenten einen Gutteil der unternehmerischen Leistungen und Waren.

Der größte Feind des nachhaltigen Erfolgs ist der kurzfristige Profit. Diesen Satz kann man von vielen erfahrenen Familienunternehmern hören. Leider wird dieses Denken durch die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen immer weniger unterstützt. Der gesamte Finanzsektor ist nur mehr von kurzfristigem Aktionärsdenken bestimmt und rollt seine Logiken immer mehr auf die Gesamtwirtschaft aus.

Der prominente Wirtschaftswissenschaftler Clayton M. Christensen berichtet in einem Beitrag des Harvard-Business-Review mit dem Titel »Das Dilemma der Kapitalisten« davon, dass die durchschnittliche Haltedauer von Aktienpositionen in den USA bei unter 10 Monaten liegt. Hier geht es nicht mehr um nachhaltige Investitionen in Unternehmungen, sondern nur mehr um kurzfristigstes Gewinnstreben. Die Banken wurden das prominente Opfer dieser Denkmaschine. Mittlerweile

verhindert das Kurzfristendenken bereits die langfristige Kreditvergabe der Banken. Nicht nur, dass die Banken damit das eigene Kerngeschäft zu Grabe tragen, sie verringern damit auch die Wachstumsmöglichkeiten der Realwirtschaft.

Es liegt an uns Unternehmern, dass wir eine Rückbesinnung auf unternehmerische Nachhaltigkeit einfordern. Dafür müssen die Auswirkungen der individuellen Investitionsentscheidung auf die Gesamtwirtschaft wieder stärker berücksichtigt werden. Wir müssen uns als Unternehmer (oder Manager) wieder öfter fragen, ob wir einen ausreichenden Beitrag zur Vollbeschäftigung leisten. Sowohl als einzelne Unternehmen, aber auch durch das Agieren unserer Interessensvertretungen.

## These 2

### WIR UNTERNEHMER TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR JOB-SCHAFFENDE INNOVATIONEN!

Auch wenn die Verantwortung für das Thema Vollbeschäftigung nicht alleine auf den Schultern von Unternehmern und Unternehmerinnen abgeladen werden kann, so sollten wir unsere Aufmerksamkeit darauf richten, dass wir jene Steuerungssysteme in unseren Unternehmungen anwenden, die nicht die Fehlentwicklungen des kurzfristig agierenden Shareholder-Kapitalismus verstärken. Wie Professor Christensen eindrucksvoll darstellt, werden heute durchgängig leistungssteigernde und effizienzsteigernde Innovationen in den Unternehmungen den marktschaffenden Innovationen vorgezogen. Während die Ersteren meist zu einem Stellenabbau führen, führen die Letzteren zu einem Jobwachstum in den Unternehmungen. Leider werden marktschaffende Innovationen in den gängigen finanziellen Steuerungssystemen nicht richtig bewertet. Sie erfordern meist längere Amortisationszeiten, haben komplexere Wechselwirkungen und bauen nicht auf bestehenden Märkten und Markterfahrungen auf. Zudem brauchen sie erfahrene und damit teurere Mitarbeiter. Daher fallen diese Innovationen immer stärker durch.

Christensen zeigt, dass seit dem Jahr 2000 die Reaktionen des Arbeitsmarktes auf eine Verbesserung des wirtschaftlichen Wachstums dramatisch abgenommen haben. Für ihn sind das

die Auswirkungen der kurzfristigen Gewinnorientierung, die nur mehr leistungssteigernde und effizienzsteigernde Innovationen in den Unternehmungen zulassen. In Österreich gibt es zum Glück noch sehr viele mittelständische Familienunternehmungen, die einen langfristigeren Zugang zu ihren Unternehmungen haben.

Die großen mittelständischen Unternehmungen und auch die Großkonzerne sitzen auf großen Liquiditätsreserven, die sie unzulänglich einsetzen. Statt in Marktwachstum zu investieren und auskömmlichere Gehälter zu bezahlen, wird das angehäuften Geld für Aktienrückkäufe verwendet. Hier sind wir Unternehmer gefordert, dass wir wieder mehr Jobwachstum im eigenen Bereich forcieren.

Christensen schließt seinen Beitrag mit mehreren Empfehlungen, die einer näheren Betrachtung wert sind. Das dauernd rasch weiterziehende Wanderkapital und das risikoscheue Kapital müssen gegenüber dem in den Unternehmungen längerfristig verbleibenden Kapital verteuert werden. Eine wesentliche Maßnahme dafür ist die Einführung der Finanztransaktionssteuer. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen braucht es neue Konzepte. Mehr von der alten Medizin des kurzfristigen Gewinnstrebens wird die Verwerfungen auf den Kapitalmärkten nicht beheben. Es wird nun bereits seit Jahren auf europäischer Ebene an der Umsetzung eines ersten Schritts der Finanztransaktionssteuer gearbeitet, und die von uns bezahlten Lobbyisten der Industrie und der europäischen Unternehmerverbände arbeiten eifrig dagegen. Hier wird

gegen unsere nachhaltigen Interessen als Unternehmer gearbeitet. Präsident Leitl von der WKÖ hat das bereits erkannt und unterstützt ebenfalls die Finanztransaktionssteuer. Wir müssen von unseren Interessensverbänden mehr Engagement und mehr Nachdruck in dieser wichtigen Frage der Finanztransaktionssteuer einfordern.

Viele Manager wollen längerfristig investieren, glauben aber nicht, dass sie damit in ihren Unternehmungen durchkommen. Auch hier sind wir als Unternehmer gefordert. Wir müssen wieder mehr auf langfristige Strategie statt auf kurzfristigen Gewinn setzen. Die Tugend der Mäßigung war diesbezüglich immer eine gute Anleitung.

### These 3

## WIR UNTERNEHMER TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR AUSKÖMMLICHE EINKOMMEN!

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 20 Jahre schlagen sich unter anderem in einem starken Wachstum des Dienstleistungssektors nieder. Während in den Märkten der produzierenden Industrie und des produzierenden Gewerbes der Wettbewerbsdruck der Globalisierung zu Kostenanpassungen und damit häufig zu Jobabbau führt, befinden sich die Dienstleistungsunternehmen primär in lokalen Märkten und bieten dort ihre Dienste an. Im Dienstleistungssektor sind viele neue Jobs entstanden. Die meisten dieser Jobs sind sogenannte Billig-Jobs oder Teilzeitbeschäftigungen, obwohl es auch viele gut bezahlte Jobs z. B. in den Beratungsberufen gibt. Natürlich entspricht die Zunahme der Teilzeitbeschäftigungen auch einer Präferenz primär weiblicher Beschäftigter, die Familie und Beruf dadurch besser unter einen Hut zu bringen versuchen. Es gibt aber auch wesentliche firmeninterne Präferenzen, um eine bessere Auslastung der Mitarbeiter zu erreichen und damit die Arbeitskosten günstiger zu halten.

Mit Mindestlöhnen wird eine Untergrenze eingezogen, ein gerade noch vertretbares Einkommen, welches moralisch nicht als völlig ungenügend oder gar verwerflich gelten kann. Ohne Mindestlöhne können die Auswüchse der Unterzahlung nicht mehr eingedämmt werden. Selbst gewinnträchtige



Großkonzerne beschäftigen Leiharbeitsfirmen, die ihren Mitarbeitern einen Stundenlohn von unter 4 Euro bezahlen. Hier sind regulierende Eingriffe unverzichtbar, damit die moralische Grundlage der Marktwirtschaft erhalten bleibt, auch wenn wir aus Erfahrung wissen, dass zu viele regulierende Eingriffe in einer Marktwirtschaft problematisch sein können, weil ihre Auswirkungen vielfältig und nicht immer sofort erkennbar sind.

Die großen Zugewinne von Online-Händlern wie Amazon können nicht auf Kosten unserer sozialen Standards in Mitteleuropa gehen. Wenn es mehr Logistikarbeiter und mehr Zusteller benötigt, dann sind diese nicht neue Selbstständige oder Einzelunternehmer zu Hungerlöhnen, sondern Arbeitnehmer, die eine leistungsentsprechende Entlohnung verdienen. Erinnern wir uns an die Tugendkreise, die für eine funktionierende Marktwirtschaft erforderlich sind. Es geht auch um die Beschränkung von Willkür von Mächtigen (wir Unternehmen verfügen über erhebliche Macht im Verhältnis zu unseren Arbeitnehmern), die uns alle weiterbringt. Ein Rückfall in den Frühkapitalismus bringt keinen nachhaltigen Fortschritt, sondern wirtschaftlichen Niedergang, der insbesondere unsere nachhaltigen Gewinnchancen schmälert.

Das anerkennt auch der Doyen der Schweizer Liberalen, Kaspar Villiger, der in der *Neuen Zürcher Zeitung* über »Soziale Kälte contra liberaler Gemeinsinn« schreibt. Er hält fest, dass nur der frei sein kann, der auch über einen ausreichenden Wohlstand verfügt. Unsere Marktwirtschaft muss daher so konzipiert sein, dass die Menschen frei und in Würde leben

können. Die Tugendkreise des MIT-Wissenschafters Acemoglu finden auch seine Zustimmung. Wenn nun aber die Marktwirtschaft keine auskömmlichen Einkommen bietet, dann müssen diese Einkommen durch negative Steuern von uns allen (das heißt auch von uns Unternehmern) temporär unterstützt werden. Diese Maßnahme hält auch ein weiterer MIT-Professor, Andrew McAfee, für unbedingt notwendig. In seinem Buch »The Second Machine Age« behandelt er eindrucksvoll die zu erwartenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die durch die neuen Wellen der Digitalisierung zu erwarten sind. Er verweist darauf, dass auf Dauer die Einkommen bestimmter Berufsgruppen nicht geschützt werden können. Das gilt aber weniger für einfache Tätigkeiten, wie sie im Dienstleistungssektor wieder entstanden sind. Dort greift auch die Digitalisierung nicht so stark. Hier könnten wohl nur stärkere gewerkschaftliche Organisationsgrade eine Verbesserung der Einkommenssituation bringen und ein Ende steuerstützender Maßnahmen wie Negativsteuern ermöglichen. Auf Dauer will die Allgemeinheit nicht die Einkommenspolitik des Dienstleistungssektors quersubventionieren. Kann es sein, dass ein besserer gewerkschaftlicher Organisationsgrad im Dienstleistungssektor im Interesse von uns Unternehmern liegt? Der amerikanische Automobilbauer Henry Ford hätte das wohl mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Letztlich hat aber die Automobilindustrie einen der höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrade selbst in den USA erhalten. Damit hatten die Arbeiter von Ford auch das Einkommen, um seine Fahrzeuge zu

kaufen. Die Organisationsfreiheit von Arbeitnehmern ist nicht nur ein Menschenrecht und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 als universelles Recht verankert worden, sondern auch ein wohlstandsschaffender Tugendkreis.

Dass zu mächtige gewerkschaftliche Organisationen für Unternehmungen nachteilig sein können, zeigte wiederum die amerikanische Automobilindustrie. Die amerikanischen Automobilgewerkschaften wollten ihre Ansprüche nicht mehr der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen anpassen. Damit wird aber aus kurzfristigem Vorteilsdenken das langfristige Überleben von Unternehmungen gefährdet. Unsere Unternehmungen stehen in einem globalen Wettbewerb und am Markt findet täglich eine Abstimmung über Qualität und Preis statt. Mäßigung ist keine Einbahnstraße, sondern betrifft auch Gewerkschaften.

Der Umgang mit Gewerkschaften sollte für uns Unternehmer kein Schreckgespenst sein. Mit den Zielsetzungen des marktwirtschaftlichen Tugendkreises können in den meisten Fällen sinnvolle Verhandlungsergebnisse erreicht werden. Das Stärken der Gewerkschaften in den Ländern unserer globalen Konkurrenten führt letztlich zu faireren Wettbewerbsbedingungen. Dafür braucht es in den westlichen Industrieländern starke Gewerkschaften, damit diese ihren Kolleginnen und Kollegen in den Schwellenländern Unterstützung bieten können. Jedenfalls ein Umstand, über den man als Unternehmer beim Thema Organisationsgrad der Gewerkschaften in Ruhe nachdenken sollte.

## These 4

### WIR UNTERNEHMER TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR EINE GERECHTE VERTEILUNG DES VERMÖGENS!

Mittlerweile erkennen auch hartgesottene amerikanische Hedgefonds-Manager wie Paul Tudor Joneses und Ray Chambers oder *Huffington-Post*-Gründerin Arianna Huffington die wachsende Schieflage bei der Verteilung der erwirtschafteten Vermögen. Während die Unternehmensgewinne in den USA seit 1990 deutlich angestiegen sind, sind die Anteile der Mitarbeiterinkommen von über 62 % auf 56 % im Jahr 2014 gefallen. Damit sind Riesenbeträge in Richtung Unternehmereinkommen geflossen und haben dort zu einem starken Anwachsen der Vermögen geführt. Die genannten Personen erachten die aktuell erreichte Vermögensverteilung für wohlstandsgefährdend und arbeiten daher bei der Initiative »Just Capital« von Paul Tudor Jones mit. Der Ansatz ist vielversprechend und zielt darauf ab, dass der Markt Signale erhält, wie »gerecht« oder »fair« ein Unternehmen seine Mitarbeiter zahlt. Amazon würde wohl nicht auf der Top-Liste »fairer Unternehmen« aufscheinen.

Unabhängig davon, ob man seine politischen Interpretationen für richtig erachtet, muss man die Forschungsergebnisse des französischen Ökonomen Thomas Piketty in seinem Klassiker »Das Kapital im 21. Jahrhundert« als Unternehmer

nüchtern und ernüchert zur Kenntnis nehmen. Aufrichtigkeit gepaart mit Klugheit sind wichtige unternehmerische Tugenden. Dazu gehören die Anerkennung der wirtschaftlichen Realitäten und der Respekt vor diesen »krassen« Ergebnissen. Das kritische Hinterfragen von Forschungsergebnissen gehört zum wissenschaftlichen Dialog. Weniger sinnvoll ist die pure Ablehnung der Ergebnisse durch unsere Interessensverbände WKÖ und IV. Es wird uns Unternehmer nicht weiterbringen, wenn unsere Verbände und die von ihnen bzw. letztlich von uns bezahlten Lobbyisten die Erde zu einer Scheibe erklären. Wer Piketty nicht lesen möchte, dem kann die Lektüre der 40 Studien des ehemaligen Chefstatistikers der Weltbank, Branko Milanovic, weiterhelfen. Seine Analysen sind noch globaler ausgerichtet. Eine Kurzfassung seiner Erkenntnisse findet sich im Wirtschaftsmagazin *Brand Eins* 06/2014. Ein weiterer bekannter Wissenschaftler, der zu diesem Thema arbeitet, ist Anthony B. Atkinson, Professor an der London School of Economics. In seinem neusten Buch »Inequality« präsentiert er Ergebnisse aus 50 Jahren Forschungsarbeit.

Die Vermögensverteilung bewegt sich wieder in eine Richtung, wie wir sie zu Zeiten des Frühkapitalismus hatten. Damit wird das gesamte marktwirtschaftliche Konzept infrage gestellt. Wer diese Dimensionen nicht verstehen will, dem sei dringend die Lektüre des Buches »Warum Nationen scheitern« empfohlen. Wir befinden uns an einem äußerst kritischen Punkt einer wirtschaftlichen Fehlentwicklung. Immer mehr Forscher von OECD, Währungsfonds und selbst von Notenbanken

sehen einen klaren Zusammenhang zwischen der enormen Vermögenskonzentration und der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Selbst die Chefökonomin der Ratingagentur Standard & Poor's, Beth Ann Bovino, kommt nicht umhin, diese Tatsachen kritisch zu benennen. Für sie lehrt die amerikanische Geschichte, dass die größten Wirtschaftskrisen stets dann aufgetreten sind, wenn die Ungleichheit Höchststände erreichte. In den 1920er-Jahren mündete das in die Große Depression und in den 2000er-Jahren in die Finanz- und Wirtschaftskrise. Gleiches erläutert auch Milanovic in seinem Interview mit guten Beispielen zur Subprime-Krise in den USA.

Es ist eine bittere Erkenntnis für uns Unternehmer, dass wir auf ein Riesenproblem zusteuern. Die wirklichen Dimensionen sind noch nicht völlig klar, aber es könnte bedrohliche Ausmaße eines Eisberges haben, der die Weltwirtschaft niederringt. Auch die geringen Wachstumsraten werden von immer mehr Ökonomen mit der Vermögenskonzentration in Verbindung gebracht. Die Ergebnisse der Vermögenserhebung der Oesterreichischen Nationalbank haben sich in der Stichprobe unseres Projekts »Unsere Steuern« bestätigt. Alle Ergebnisse können Sie auf [www.steuernzahlen.at](http://www.steuernzahlen.at) finden. Die Vermögenserträge kommen praktisch nur beim obersten Einkommens-Dezil (oberste 10 %) und im Besonderen beim obersten Prozent an. So funktioniert auf Dauer keine Marktwirtschaft. So funktionierten spätfudale Wirtschaftssysteme, die letztlich untergegangen sind. Das Sammeln von Zahlen, Daten und

Fakten lässt sich in Österreich nicht mehr wie zu Zeiten des Herrn von Gentz einfach verbieten.

Es hat wenig Sinn, als Unternehmer um die erforderlichen Maßnahmen wie um den heißen Brei herumzureden. Es sind hohe Erbschafts- und Schenkungssteuern notwendig! Punktum. Da gibt es nichts zu beschönigen, das kostet uns Geld. Sonst können wir diese Entwicklung nicht mehr umkehren, und der gesamte Tugendkreis der Marktwirtschaft wird diskreditiert. Diese Erkenntnis hatte auch Franklin D. Roosevelt, der 1935 dafür sorgte, dass Erbschaften von mehr als 50 Millionen Dollar mit 70 % besteuert wurden. Auch kleinere Erbschaften wurden deutlich höher als zuvor besteuert. Roosevelt war ein klarer Befürworter der Marktwirtschaft. Er argumentierte diese hohe Besteuerung damit, dass »ererbte wirtschaftliche Macht inkonsistent ist mit den Idealen unserer Generation«, und meinte damit die Ideale einer Marktwirtschaft, die auf Leistung und Erfolg beruht. Wir müssen als Unternehmer eine radikale Umkehr vornehmen. Das weitere Verfolgen des »privaten« Vorteils wäre sprichwörtlich »idiotisch«, weil wir uns damit selbst den Boden für den nachhaltigen Gewinn entziehen.

Es gibt viele gute Gründe, als Unternehmer der Effizienz eines Staates zu misstrauen. Aber der Staat sollte als Bester in der Lage sein, Geld in Form von Erbschafts- und Schenkungssteuern einzunehmen und dieses dann rasch wieder auszugeben. Das Geld des Staates sollte dort ankommen, wo es dringend benötigt wird. Beim Ausgleich von Niedrigeinkommen,

bei der Integration Arbeitssuchender in den Arbeitsmarkt, beim Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, bei der Verbesserung der frühkindlichen Förderung, bei der massiven Ausweitung von Bemühungen zur Integration von Flüchtlingen und Migranten, beim Ausbau der erforderlichen Pflegeeinrichtungen, bei der höheren Dotierung von Wissenschaft und Forschung etc. Diese Maßnahmen lenken öffentliche Mittel in jene Bereiche, wo wir dringenden Nachholbedarf haben.



## These 5

### WIR UNTERNEHMER TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR EINEN LEISTUNGSFÄHIGEN STAAT!

Viele Unternehmer haben eine eigenwillige Einstellung zum Thema Steuerzahlen entwickelt. Sie versuchen, sich gegenseitig dabei zu übertreffen, wie wenig Steuern man abführt. Steuern sind aber einfach nur »Cost of Doing Business«. Mit unseren Steuern finanzieren wir die Tugendkreise des Rechtsstaats und die sonstige Infrastruktur (Verkehr, Ausbildung, Telekommunikation, Normwesen, Sicherheit etc.), deren Früchte wir durch unsere Geschäfte in vielfacher Form ernten. Da wir Unternehmer am stärksten von einem leistungsfähigen und effizienten Staat profitieren, sollten wir unsere Bemühungen auch darauf konzentrieren, dass wir einen leistungsfähigen und effizienten Staat in Österreich erhalten und einen leistungsfähigeren auf europäischer Ebene schaffen.

Unternehmerische Spitzenleistungen brauchen einen starken und leistungsfähigen Staat. Wie bereits weiter oben im Kapitel zu den Innovationen angesprochen, wirken Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Konsumenten in einer Marktwirtschaft zusammen, um neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und nutzbar zu machen. Dieser Zusammenhang wurde in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung der letzten Jahrzehnte leider sträflich vernachlässigt. Eine großartige Ausnahme bildet das Werk von Mariana Mazzucato

»Das Kapital des Staates«. Dort kann man unter anderem eine andere Geschichte von Apple nachlesen. Das Genie eines Steve Jobs wäre ohne Hunderte Milliarden für staatliche Grundlagenforschung nicht in der Lage gewesen, ein iPhone oder ein iPad zu entwickeln. Die zwölf Schlüsseltechnologien des iPhone oder iPad stammten samt und sonders aus staatlichen Einrichtungen oder aus staatlich finanzierten Forschungsprogrammen. Die Steuervermeidungsstrategien von Apple zeigen nun, dass der Staat, der für die Grundlagen von Apple, Microsoft und Co. sehr hohe Risiken übernommen hat, die selbst risikofreudige Wagniskapitalgeber nicht tragen wollten, jetzt keine faire Rendite erhalten soll. Hier wird kein faires System praktiziert, sondern schlicht ein parasitäres System etabliert. Risiken und Kosten werden der Allgemeinheit überlassen und Gewinne in einer Form privatisiert, dass sie keinen ausreichenden Beitrag für die Zukunft unserer Marktwirtschaft leisten.

Zu viele Unternehmer glauben, dass ihnen ein schlanker Staat hilft. Das ist ein schwerer Irrtum, der wiederum dem Kurzfristenken und einer unseligen Propaganda unserer eigenen Interessensverbände geschuldet ist. Kurzfristig stellen sinkende Staatsausgaben und damit einhergehende Steuererleichterungen möglicherweise einen Vorteil für Unternehmer dar (wenn z. B. Einkommens- und Körperschaftssteuern gesenkt werden). Mittel- und langfristig fehlen aber staatliche Impulse im Bereich der Grundlagenforschung, im Bereich der Infrastruktur oder im Bereich des internationalen Austauschs und der Konfliktvermeidung.

Diese Versäumnisse kommen Unternehmungen mittel- und langfristig teuer zu stehen. Der englische Mittelstand leidet bereits erheblich unter den Folgekosten der verlotterten Infrastruktur: dauernde Verspätungen der Mitarbeiter durch Probleme im öffentlichen Verkehr, die Folgekosten von Stromunterbrechungen, die gestiegene Dauer von Reparaturintervallen bei Wasser, Abwasser, Strom oder Gas und letztlich die gestiegenen Kosten für das Monitoring der unterschiedlichen Anbieter. Konzeptionell mehr als erklärungsbedürftig in diesem Zusammenhang ist auch die »Reverstaatlichung« der Privatisierungen, wenn Anbieter wie Électricité de France privatisierte Kraftwerke in Großbritannien aufkaufen. Irgendetwas hat dort wohl nicht so funktioniert mit der Langfristsperspektive. Nachdem die kurzfristigen Horizonte betriebswirtschaftlich erschöpft sind, gibt es offenbar keine privaten Interessenten mehr.

Erfolgreiche Unternehmungen haben eine langfristige Perspektive und beschäftigen sich mit ausreichend Ressourcen mit ihrem Markt, mit ihren Produkten und ihren Kunden. Dabei berücksichtigen sie die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen, wobei dazu selbstverständlich auch die öffentlichen Leistungen, öffentliche Auflagen und ggf. auch die öffentliche Nachfrage zählen. Für diese langfristige Perspektive braucht es leistungsfähige staatliche Strukturen.

In den letzten Monaten konnten wir ein trauriges Schauspiel erleben, das dem Innenministerium in Österreich ein klares »Nicht genügend« und auch dem assistierenden Verteidigungs-

ressort bestenfalls ein »Wenig zufriedenstellend« eingebracht hat. Das Innenministerium ist über Tage und Wochen nicht in der Lage gewesen, einen Flüchtlingsstrom von täglich Tausenden unbewaffneten Menschen professionell zu bewältigen. Das Zusammenspiel mit externen Spezialisten war nicht ausreichend vorbereitet. Das gesamte Innenministerium war auf diese durchaus absehbaren Anforderungen nicht vorbereitet. Das ist nicht nur politisches Versagen an der Spitze dieser Einrichtung, das ist auch ein Alarmsignal für die Ressourcenausstattung und für das Management des Ministeriums insgesamt. Offenbar gibt es zu wenige Ressourcen im Bereich der strategischen Planung und der Marktbeobachtung. Diese Kapazität muss dort im Interesse aller Staatsbürger ausreichend vorhanden sein.

Es gibt einen großen Unterschied zwischen einfachen Ausgabenkürzungen und intelligentem Sparen. Wir Unternehmer sind mit dieser Herausforderung laufend konfrontiert und nicht vor Fehlentscheidungen gefeit, auch wenn wir im Regelfall ohne öffentliche Medienkontrolle arbeiten können. Der öffentliche Dauerdruck in Richtung Einsparungen verlangt nach raschen, gut verkaufbaren und damit meist einfachen Lösungen durch die Politik. Das liegt nicht in unserem mittel- und langfristigen Interesse als Unternehmer. Wir brauchen gute öffentliche Leistungen bzw. Angebote, und wir wollen uns auf eine funktionierende Infrastruktur verlassen können, weil wir damit geschäftlich kalkulieren.

Der öffentliche Sektor zeichnet sich leider nicht durch große Reformdynamik und Veränderungsbereitschaft aus. Es

herrscht meist eine Kultur der Fehlerangst statt eines offenen Umgangs mit Fehlern. Kritik wird nicht als wertvoll für die Entwicklung von Innovationen erachtet. Noch immer zählen Gehorsam und Unterordnung mehr als professionelle Eigenständigkeit. Hier gibt es einen großen Handlungsbedarf auf allen Ebenen, nicht zuletzt auf Ebene der Bundesländer. Es stellt sich einfach die Frage, ob es wirklich 9 Landesbauordnungen, 9 Umwelthaftungsgesetze, 9 Elektrizitätswirtschaftsgesetze, 9 Polizeistrafgesetze, 9 Veranstaltungssicherheitsgesetze, 9 Glücksspielautomatengesetze, 9 Jugendschutzgesetze, 18 (bzw. wahrscheinlich deutlich mehr) Dienstrechte, 9 Reisegebührenvorschriften, 9 Lehrerkranken- und Unfallfürsorgegesetze, 9 Landarbeitergesetze, 9 Agrarbehördengesetze, 9 Landesarbeitsordnungen, 9 Vergabegesetze, 9 Gleichstellungsgesetze, 9 Spekulationsverbotsgesetze, 9 Wahlrechtsgesetze, 9 Auskunftspflicht und Datenschutzgesetze, 9 Eingetragene-Partnerschaft-Gesetze etc. und die dafür notwendigen 9 Landtage in einem kleinen Land wie Österreich braucht.

Wir müssen als Unternehmer auf unsere Interessensverbände einwirken, damit diese einen leistungsfähigen Staat einfordern. Wir müssen verlangen, dass es professionelle Einheiten im öffentlichen Sektor gibt, die sich der Effizienzsteigerung und Qualitätsverbesserung widmen. Dafür müssen wir Steuergeld bereitstellen, damit der Staat es ausgeben und die besten Talente einbinden kann. Viele von den besten Talenten haben wir in unseren Häusern beschäftigt. Wir sollten im Sinne eines neuen Tugendkreises für einen besseren Austausch moderner

Managementkenntnisse zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Sektor sorgen. Wir sollten mehr externes Management auf Zeit verlangen und den Wechsel zwischen Privatwirtschaft und öffentlichen Einrichtungen verstärken und institutionell fördern. Dafür müssen wir und insbesondere unsere Interessensverbände WKÖ und IV den öffentlichen Sektor wieder mehr als Partner für Unternehmungen benennen.

## These 6

### WIR UNTERNEHMER TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR EIN AUSREICHENDES STEUERAUFKOMMEN!

Kein Unternehmer zahlt gerne Steuern und jedenfalls nicht mehr, als es gesetzlich vorgeschrieben ist. Jeder Unternehmer soll sich dabei auch professionell beraten lassen, um die Steuerlast zu optimieren. Es soll kein Cent an Steuern zu viel bezahlt werden. Wie jede unternehmerische Maßnahme sollte auch die steuerliche Gestaltung mit Maß und Ziel vorgenommen werden.

Die Steuerleistungen von uns Unternehmern sind eine wesentliche Grundlage zur Finanzierung eines leistungsfähigen Staates. Wenn wir dem Staat in einem zu hohen Ausmaß notwendige Mittel vorenthalten, dann wird der Staat ein Defizitproblem bekommen. Einige Jahrzehnte lang konnten unsere Finanzminister in den Aufbau von größeren Defiziten flüchten und die notwendige, aber unangenehme Debatte über die ausreichende Steuerfinanzierung des öffentlichen Haushalts vermeiden. Auch die schwierigen Umschichtungen von Ressourcen innerhalb der öffentlichen Verwaltung wollte die Politik nicht offensiv angehen. Bei der Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung gibt es erheblichen Nachholbedarf, aber nicht im Ansatz jene Einsparungsbeträge, die von selbst ernannten Thinktanks verkündet werden. Öffentliche Einsparungen sind generell langsame Prozesse, weil sie primär

mit Menschen in der Verwaltung zu tun haben. Wenn die öffentlichen Einsparungen langsamer wirken, dann wird die Steuervermeidung ein immer größeres Problem und führt zu steigender öffentlicher Verschuldung.

Heute sind im europäischen Kontext Richtwerte für die öffentliche Verschuldung definiert, die dafür sehr enge Grenzen festlegen. Die Ausweitung der öffentlichen Defizite ist keine gewünschte Option mehr, auch wenn sich zwischenzeitlich herausgestellt hat, dass fixe Schuldengrenzen keine wissenschaftliche Basis haben. So hat die wichtigste Studie diesbezüglich, »Growth in a Time of Debt« von Carmen M. Reinhart und Kenneth Rogoff (mit dem Ergebnis von 90 % Verschuldung als Grenze für weiteres Wachstum), einige schwere Rechenfehler aufgewiesen. Thomas Herndon, Doktorand an der Universität Massachusetts, hat die Rechenfehler aufgespürt und dargestellt, dass es auch bei über 90 % Verschuldung keinen durchgängigen Einbruch beim Wachstum gibt. Dennoch sind Verschuldungsgrenzen heute Realität.

Ein deutliches Abweichen von der Körperschaftssteuerlast von 25 % in einer Unternehmensrechnung kann nicht als Wille des Gesetzgebers interpretiert werden, auch wenn das durch gesetzliche Lücken möglich ist. Wenn der steuerliche Beitrag für österreichische Unternehmungen deutlich unter diese Grenze fällt, dann gibt es Handlungsbedarf für unsere Steuerbehörden und unsere Steuergerichtsbarkeit. Es ärgert mich als Unternehmer enorm, wenn einzelne »schwarze« Schafe die öffentliche Wahrnehmung der Steuermoral aller Unterneh-



mer beschädigen. Ich bin es leid, für Steuersparmodelle à la Lizenzverrechnung über Malta, Irland oder Luxemburg oder sonst eine andere exotische Destination den Kopf hinhalten und letztlich dafür auch finanziell aufkommen zu müssen. Übermäßige Steuervermeidung von ein paar wenigen führt zu höherer Steuerbelastung der Mehrheit von uns Unternehmern. Es kann nicht sein, dass die Ehrlichen die Zeche zahlen.

Von Steuergestaltung zu unterscheiden ist der Steuerbetrug. Jeder unbefangene Beobachter wird sich schwertun, Konstruktionen, wie sie etwa von unserem früheren Finanzminister Karl-Heinz Grasser umgesetzt wurden (»Das Stiftungs- und Firmengeflecht des Karl-Heinz Grasser« veröffentlicht am 23.10.2014 von der APA), tatsächlich als im Einklang mit unseren Steuergesetzen und den öffentlichen Tugendkreisen zu erachten. Letztlich ist es an unseren Gerichten, darüber zu befinden, ob es in seinem Fall Steuerbetrug war oder nicht. Wir Unternehmer sollten uns von derartigen Konstruktionen verabschieden. Es lag an einem jungen Steuerberater von Price-waterhouse, dass die steuerlichen Umtriebe in Luxemburg bekannt gemacht wurden. Hier müssen wir als Unternehmer laut »Stopp!« sagen. Hier werden die Wertebasis unserer Marktwirtschaft und die Wertebasis des liberalen Bürgersinns zerstört. Es war immer unbestritten, dass jener mehr zum Staatsganzen beiträgt, der auch mehr finanzielle Last tragen kann.

Das Ausmaß der internationalen Steuerhinterziehung hat uns jüngst der französische Wirtschaftswissenschaftler und Professor an der London School of Economics Gabriel

Zucman in seinem Buch »Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird« mittels einer bravourösen statistischen Berechnung zugänglich gemacht. Er bringt damit eine Größenordnung, 5800 Milliarden Euro an steuerlich nicht deklarierten Vermögenswerten (eine unvorstellbare Summe), in die nationale und internationale Debatte, die nicht mehr wegzureden ist. Dieser Betrag umfasst die gesamten weltweit nicht deklarierten Vermögenswerte, wie sie sich in den statistischen Daten der Notenbanken nachweisen lassen. Daneben gibt es noch weitere Vermögenswerte wie Schmuck und Bargeld, die nicht so einfach zu ermitteln sind. Sie würden diesen Betrag noch einmal erhöhen, wenn auch nicht um eine dramatische Größenordnung. In der Schweiz befinden sich laut Zucmans Daten rund 30 % dieser Vermögenswerte, die restlichen auf illustren Destinationen wie den Kaimaninseln oder zunehmend in Singapur. Laut Zucmann bilden die Schweiz, Luxemburg und die Jungferninseln das »Trio Infernal« der europäischen Steuerflucht. Jeder Unternehmer, der etwas auf sich und seine Tugenden hält, sollte Konstruktionen meiden, die diese Länder umfassen. Zucman erläutert eindrucksvoll, warum stark überhöhte Schätzungen wie die des Tax Justice Networks nicht zutreffend sind. Zucman ermöglicht damit eine evidenzbasierte Debatte. Wir dürfen gespannt sein, wie unser aktueller Finanzminister und praktizierender Steuersparer Hans Jörg Schelling dieses Thema aufgreift. Sein Vorgänger Karl-Heinz Grasser hat bezüglich dieses Themas nichts unternommen, was wegen der zwischenzeitlich bekannt gewordenen eigenen Steuerschwer-

punkte wenig überraschend ist. Seine Untätigkeit und seine Propagandaausgaben haben uns viele Millionen Euro Steuergeld gekostet. Da laut Zucman rund 130 Milliarden Euro an jährlicher Steuerhinterziehung mit den 5800 Milliarden Vermögenswerten passiert, sprechen wir auch für Österreich über relevante Größenordnungen. Zucman errechnet für Frankreich einen jährlichen Steuerausfall von rund 17 Milliarden Euro. Über den Zeitraum von 1988 bis 2013 wäre die Staatsverschuldung in Frankreich um 480 Milliarden Euro geringer. Für Österreich würden das jährlich aliquot etwa 2 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen bzw. über den Zeitraum von 1988 bis 2013 mehr als 50 Milliarden Euro weniger Staatsschulden bedeuten. Damit wären wir Unternehmer, die wir unsere Gewinne in Österreich versteuern, nicht mehr gezwungen, demnächst weitere Steuerleistungen erbringen zu müssen.

Unsere Interessensverbände WKÖ und IV sollten sich rasch mit den Implikationen der Forschungsergebnisse von Professor Zucman beschäftigen und sich dringend für die Umsetzung eines weltweiten Finanzkatasters durch den Internationalen Währungsfonds einsetzen. Der Währungsfonds hätte den internationalen Finanzkataster den Finanzbehörden seiner Mitgliedsländer zur Verfügung zu stellen. Damit wird die Welt ein Stück besser gemacht und es werden auch die marktwirtschaftlichen Tugenden gestärkt.

## These 7

### WIR UNTERNEHMER TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR EIN DURCHLÄSSIGES BILDUNGSSYSTEM!

Der Schweizer Paradeliberale Kaspar Villiger weist eindringlich darauf hin, dass moderne Volkswirtschaften den Talentpool des ganzen Volkes brauchen und nicht nur den einer oligarchischen oder finanzstarken Minderheit. Ein wirtschaftlich starkes Land wie die Schweiz (was auch für Österreich gilt) braucht zudem auch den Talentpool anderer Länder, weil die eigenen Talente nicht ausreichen. Die Durchlässigkeit der öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen wird zu einer immer stärkeren Herausforderung. Die Herausforderung wächst durch Vermögenskonzentration auf der einen Seite und durch Zuwanderung auf der anderen Seite. An der Bewältigung dieser Herausforderung hängt ein Gutteil unserer Zukunftschancen.

Die erforderlichen Maßnahmen werden nur mehr von bildungspolitischen Außenseitern abgelehnt, deren Zahl immer stärker schrumpft. Es müssen endlich die Gymnasien für alle 10- bis 14-Jährigen geöffnet werden, weil eine soziale Selektion in diesem Alter einfach zu früh ist und dadurch viele Talente verschüttet werden. Es braucht ganztägige Bildungseinrichtungen, damit die erforderlichen Bildungsstandards in den Schulen besser abgestützt werden können. Es braucht mehr und länger geöffnete Kindergärten, um die Kinder früher und

umfassender zu fördern und auf die Schule vorzubereiten. Eine gesonderte Herausforderung ist die sprachliche Frühförderung der Zuwandererkinder. Jeder syrische Flüchtling könnte einmal ein Steve Jobs sein, wobei sich dafür sehr viel in Österreich ändern müsste.

Die Durchlässigkeit der Bildungseinrichtungen sollte für nachhaltig denkende Unternehmer nicht in der Schule oder auf den Universitäten enden. Der deutsche Soziologe Michael Hartmann hat im Jahr 2013 die Besetzung von Führungspositionen in deutschen Privatunternehmungen untersucht. Vier von fünf Spitzenmanagern stammen aus den obersten 3,5 % der Bevölkerung, dem gut situierten Bürgertum und dem Großbürgertum. Dieser Umstand hat sich in den letzten Jahrzehnten verfestigt. Dieses Ergebnis bedeutet, dass nicht die Besten zum Zug kommen, sondern jene Bewerber, die den Stelleninhabern am ähnlichsten sind. Der Stelleninhaber hält sich und seinesgleichen für richtig und bestgeeignet. Auf dieser Grundlage wird überwiegend ausgewählt. So wird eine negative Auslese vorgenommen, die sich über Jahrzehnte in einem schleichenden Niedergang von Unternehmungen zeigen wird bzw. in Teilbereichen schon stattfindet.

Wir Unternehmer brauchen für den Erfolg unserer Unternehmungen die besten Talente, und dafür müssen die Auswahlverfahren für Mitarbeiter ausgerichtet sein, damit soziale Aufsteiger faire Chancen erhalten. Sie werden den Unternehmungen die eingeräumten Chancen mehrfach vergüten. Wir Unternehmer müssen unsere Stimmen verstärkt er-

heben, damit die Ausbildungssysteme in Österreich durchlässiger werden. Ein gutes Beispiel dafür waren die Äußerungen von Mark Garrett, dem australischen Vorstandsvorsitzendem von Borealis, in der Tageszeitung *Der Standard* vom 7. 9. 2015.

Die ÖVP verhindert seit Jahrzehnten eine Weiterentwicklung des österreichischen Bildungssystems. Damit muss jetzt Schluss sein. Gerade jetzt wird wieder eine Riesenchance vertan, weil die Prozentsätze für gemeinsame Mittelschulen in den Bundesländern unsinnig niedrig und zwingend österreichweit einheitlich angesetzt werden. Wir müssen uns als Unternehmer lautstark in der Öffentlichkeit melden, damit Österreich nicht weiter ins Hintertreffen gerät.

Durchlässigkeit ist nicht nur ein Anspruch für unser Bildungssystem, sondern ein genereller Anspruch an unsere Gesellschaft. Wenn Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vollumfänglich umgesetzt sind, dann kann jeder Mensch ein Leben in Würde leben und seine Chancen nutzen. Da gibt es viel zu tun. Gerade wir Unternehmer müssen uns dabei selbst an der Nase nehmen und das eigene Verhalten auf den Prüfstand stellen.

## These 8

### WIR UNTERNEHMER TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR DIE DURCHLÄSSIGKEIT UNSERER GESELLSCHAFT!

Stellen wir unser Geld möglichst vielen Talenten zur Verfügung oder behalten wir es nur in der eigenen Familie? Diese Frage sollten wir uns als Unternehmer regelmäßig stellen. Innovationen und die stetige Erneuerung sind die Grundlagen für die Absicherung des Wohlstands. Wenn nun aber Risiken nicht von den talentiertesten Absolventen unserer Universitäten oder Fachhochschulen übernommen werden können, weil sie nicht den Zugang zu Kapital finden, dann bekommt unsere Marktwirtschaft ein Problem.

Der britische Professor Andrew Oswald von der Warwick Business School hat in seinen Studien zu Start-ups festgestellt, dass Unternehmerschaft »more about cash than dash« ist. Talent hat seinen Erkenntnissen zufolge möglicherweise auf das Unternehmerwerden einen Einfluss wie vieles andere im Leben auch, aber letztlich nicht viel. Das ist ziemlich ernüchternd. Gleiches entdeckte auch sein Kollege Ross Levine von der University of California in seinen Forschungen: »If one does not have money in the form of a family with money, the chances of becoming an entrepreneur drop quite a bit.« Diese Ergebnisse sind in Kombination mit der stärkeren Einkommens- und Vermögenskonzentration alarmierend. Unsere

westlichen Gesellschaften werden mehr und mehr zu einer spätfeudalen Umgebung.

Es darf nicht so sein, dass die wichtigste Entscheidung für Studenten in Hinblick auf zukünftige Berufschancen die Auswahl der eigenen Eltern ist (wie es Nobelpreisträger Stiglitz formulierte). Unsere Gesellschaft braucht weiterhin den Spirit der Chancengerechtigkeit, der Möglichkeiten für viele, sich zu verbessern. Dieser Anreiz ist für eine Marktwirtschaft unverzichtbar. Gläserne Decken entmutigen und machen träge. In Osteuropa wurden Generationen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern entmutigt, und die Gesellschaften wurden immer weniger wettbewerbsfähig. Der Wohlstand sank. Alle Themen in Verbindung mit der Durchlässigkeit unserer Gesellschaft müssen intensiv beforscht werden, damit wir Unternehmer die Realitäten möglichst gut verstehen und richtig darauf reagieren können.

Es macht wenig Sinn, wenn wir als Wirtschaft und Industrie neue, von uns bezahlte Einrichtungen schaffen, die die Welt nach der kurzfristigen und bequemen Sicht erläutern und medial wirksam argumentieren. Österreich wird nicht wettbewerbsfähiger, wenn die mächtigen Industriellen im Land die Interpretation der Wirklichkeit von willfähigen Forschern und Journalisten vornehmen lassen. Es braucht Mut und Tapferkeit, um der Realität ins Auge zu sehen. Natürlich sind die Herrschaften des Typus von Gentz (oder heute eben Schellhorn) angenehmer, wenn wir nichts an unserer Marktwirtschaft ändern wollen und unangenehme Wahrheiten gar



nicht hören möchten. Der Kluge weiß, dass jedes an der Macht befindliche System dazu neigt, die Geschichte selbst schreiben zu wollen.

Wie verhalten wir Unternehmer uns bezüglich der Durchlässigkeit der Gesellschaft? Wie neuere Studien zeigen (für Österreich interessant ist die Studie aus 2015 von Sophie Augustin, Katarina Hollan und Alyssa Schneebaum zur Bildungshomogamie in Österreich), nimmt die soziale Homogenität der Eheschließungen zu. Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen begegnen sich weniger und heiraten einander weniger.

Viele Unternehmer schicken ihre Kinder auf teure Privatschulen und dann auf internationale Universitäten. Damit lernen sie nur mehr ihresgleichen kennen. Die soziale Vermischung nimmt ab. Es entsteht langsam, aber stetig eine neue Oligarchie, die sich gegenseitig anziehend findet und unter sich bleibt. Wer diese Art von Gesellschaftstyp in seinen Ausprägungen studieren möchte, dem sind die Bücher von Honoré de Balzac und Jane Austen empfohlen. In deren Welt war das Suchen und Aufspüren der Erben die wichtigste Motivation.

Die Bedeutung von Erbschaften hat bei der Partnerwahl offensichtlich bereits wieder zugenommen. Wenn aber Erben wichtiger wird als sich anstrengen, dann wird es auch immer wichtiger, diese Privilegien zu verteidigen. Wollen wir diesem Automatismus einfach nachgeben, ohne über die langfristigen Konsequenzen nachzudenken? Wir müssen uns immer fragen,

ob wir von unseren bezahlten Forschern die richtigen Fragen stellen lassen.

Wir sollten uns auch fragen, ob das Personal in unseren Interessensvertretungen primär nach dem Prinzip der familiären oder politischen Zugehörigkeit ausgewählt wird oder nach dem Prinzip des besten Talents. Wir sollten auch in unseren Interessensvertretungen die besten Leute haben und nicht die uns am besten bekannten. Es ist nun einmal äußerst unwahrscheinlich, dass in den 1000 reichsten Unternehmerfamilien dieselbe Anzahl von Talenten schlummert wie in den Millionen anderer Familien in Österreich. Diese Erkenntnis mag unangenehm sein, aber sie sollte unser Handeln als Unternehmer deutlich mehr bestimmen.

Ein wichtiges Thema der sozialen Durchlässigkeit ist die Teilhabe von Frauen an den Unternehmungen, an der Leitung von Unternehmungen und an der Wertschöpfung der Unternehmungen. Den Frauen stehen 50 % der Welt zu, so einfach ist die Wahrheit.

Der neue kanadische Ministerpräsident Justin Trudeau hat diese Erkenntnis endlich auch glaubwürdig umgesetzt und ein geschlechtermäßig ausgeglichenes Kabinett gebildet. Diese Vorgangsweise sollte ein Vorbild für uns Unternehmer sein. Wenig große Worte darüber verlieren, sondern sichtbar handeln.

Wer sich für die notwendigen weiteren Schritte zum Schließen des Gender-Gap interessiert, dem sei die Forschungsarbeit der neuen Vorsitzenden der Amerikanischen

ökonomischen Gesellschaft, Harvard-Professorin Claudia Goldin, empfohlen. Unter dem Titel »A Grand Gender Convergence: Its Last Chapter« zeigt sie auf, welche Dinge erreicht wurden und welche Maßnahmen noch erforderlich sind, um die Benachteiligung von Frauen endgültig zu beenden. Österreich ist hier leider noch ein großes Stück hinten. Leider hat Kaspar Villiger recht, wenn er die Bedeutung kultureller Aspekte für die Entwicklung von Gesellschaften argumentiert. In diesem Sinn behindert uns das katholische kulturelle Erbe in Österreich in dieser Frage. Wenn wir als Unternehmer sehen, dass uns das nicht weiterbringt, dann sollten wir bei der Geschlechterfrage weniger auf Bischöfe und mehr auf Forscherinnen hören.

Es ist wichtig, die Lehrstühle für Soziologie, Anthropologie, Philosophie oder andere welterklärende Fächer zu erhalten, damit wir unsere komplexe Welt besser verstehen. Sie wird immer komplexer werden, und durch die Vermögenskonzentration wird sie auch weniger passend für eine offene Marktwirtschaft, in der sich Leistung lohnen soll. Dafür brauchen wir Unternehmer Antworten, die wir nur gemeinsam mit der unabhängig forschenden Wissenschaft finden können.

## These 9

### WIR UNTERNEHMER TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR DIE INTEGRATION DER FLÜCHTLINGE UND ZUWANDERER!

Die meisten Menschen kommen als Flüchtlinge oder Zuwanderer nach Österreich, um ein schlechtes oder gar bedrohtes Leben hinter sich zu lassen und ein besseres Leben zu finden. Damit sind grundsätzlich sehr gute Voraussetzungen vorhanden, was eine Integration in unserem Land betrifft. Natürlich gibt es viel zu tun, um Menschen mit anderen Ausbildungsstandards und mit anderen kulturellen Hintergründen in Österreich zu beschäftigen. Hier können wir als Unternehmer positiv an der laufenden Flüchtlingsdebatte mitwirken. Die unternehmerischen Tugenden sind auch dabei eine gute Anleitung.

Das Gros der Wirtschaftsforscher sieht positive langfristige Effekte durch die Zuwanderung für Österreich. Der Arbeitsmarkt kommt natürlich kurzfristig unter Druck. Anders als in Deutschland, wo das Arbeitskräfteangebot seit ein paar Jahren rückläufig ist, steigt es in Österreich durch die erfolgte Zuwanderung und die im Vergleich zu Deutschland langsamere Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsmarkt noch. WIFO-Chef Karl Aiginger gibt eine wohlthuend sachliche und nüchterne Einschätzung ab, die ebenfalls langfristig überwiegend positive Chancen sieht. Grundsätzlich kommt das WIFO seiner

Rolle als neutrales Forschungsinstitut mit pluraler Forscher-  
gemeinde sehr gut nach.

Zuwanderer sollen möglichst nicht am Tropf der Sozi-  
alsysteme hängen, sondern selbst einen aktiven Beitrag in  
unserer Gesellschaft leisten. Dafür ist die Beschäftigung der  
entscheidende Schlüssel, den wir Unternehmer in der Hand  
halten. Wir können deutlich mehr tun. Jeder Unternehmer  
soll sich fragen, ob er nicht den einen oder anderen Flücht-  
ling beschäftigen kann. Die hohe Anzahl der Flüchtlinge im  
Jahr 2015 macht außerordentliche Kraftanstrengungen von uns  
allen in Österreich notwendig. Hier müssen wir mit gutem  
Beispiel vorangehen. Die Länderkammern der WKÖ sollen in  
diesem Kontext eine massiv stärkere Rolle spielen. Wenn die  
Länderkammern nicht in Phasen des großen Umbruchs eine  
tragende Rolle spielen, dann könnte sich die Frage nach deren  
Existenzberechtigung noch stärker stellen.

Es gibt zahlreiche großartige Beispiele von engagierten  
Unternehmerinnen und Unternehmern. Manche müssen  
auch mit persönlichen Nachteilen kämpfen, wenn sie sich für  
Flüchtlinge engagieren. Meist ist es die FPÖ, die mit Panik-  
mache und Verunsicherungsmeldungen agiert. Aber auch  
viele ÖVP- und SPÖ-Mandatare sind mit der aktuellen Si-  
tuation überfordert und suchen nach einfachen Lösungen.  
Einfache Lösungen wird es aber nicht geben, sondern nur Lö-  
sungen, die anstrengend für uns alle sind. Am Ende wird eine  
offene Marktwirtschaft aus derartigen Umbrüchen jedoch ge-  
stärkt hervorgehen. Wir haben es praktisch selbst in der Hand.

Wir können diese Herausforderung gut meistern, indem wir sie möglichst offen angehen. Wir können den Flüchtlingen und Zuwanderern mit Argwohn und Angst gegenüberzutreten, dann werden wir aber kaum Früchte aus dieser Situation ernten können.

Der frühere VW-Chef und jetzige Daimler-Aufsichtsrat Bernd Pischetsrieder stellt diesbezüglich eine interessante Rechnung an: »Von allen 40 Millionen Beschäftigten in Deutschland sind eine Million Ingenieure oder Naturwissenschaftler. Die sind für 18 Prozent des Bruttosozialproduktes in Deutschland verantwortlich. Ohne sie gäbe es ein Drama. 60 000 gehen aber jedes Jahr in Ruhestand oder wandern ab. Von den Unis kommen nur 25 000 oder 30 000 Abgänger. Das sind nur halb so viele wie jene, die abgehen. In Österreich ist die Situation sicher gleich. Es trifft alle entwickelten Industriestaaten. Hier müsste das Thema der Zuwanderung stärker ins Spiel kommen. Gerade syrische Flüchtlinge bringen vielfach ein gutes Ingenieurwissen mit.« Pischetsrieder drängt die Regierungen, die personellen Ressourcen der Zuwanderung stärker zu nutzen.

Es braucht unternehmerischen Mut in der »post-optimistischen« Gesellschaft, um noch einmal diesen Begriff des tschechischen Philosophen Tomas Halik zu verwenden. Dieser Mut gibt unserer Gesellschaft die notwendige Hoffnung für eine bessere Zukunft.

Keine Perspektive bieten alle aufkeimenden nationalistischen Strömungen in Österreich und vielen anderen europä-

ischen Ländern. Wir Unternehmer glauben, dass es ein Mehr an Zusammenarbeit in Europa braucht, um Produktivität und Wachstum anzukurbeln, und nicht ein Mehr an Nationalismus und Gegeneinander.

Die österreichische Wirtschaft und vor allem die Industrie ist aufgefordert, dass diese nationalistischen Strömungen keinen Treibstoff in Form von Geldspenden erhalten. Jeder Euro für diese Strömungen, egal in welchem Land, ist eine Fehlinvestition. Im Stammbuch der wirtschaftlichen Eliten unseres Landes sollte das katastrophale Scheitern der nationalen und faschistischen Politik der 1930er-Jahre unauslöschlich festgehalten sein. Die Unterstützung dieser Politik durch weite Teile der österreichischen Industrie- und Finanzwelt hat zur größten Zerstörung wirtschaftlicher Vermögen aller Zeiten geführt. Daher dürfen wir niemals vergessen, dass das keine wirtschaftlich vernünftige, geschweige denn politisch akzeptable Option darstellt! Jeder noch so kleine Schritt in diese Richtung ist ein Fehltritt, auch jede finanzielle Unterstützung von politischen Kräften, die damit sympathisieren, ist ein unverzeihlicher Fehler.

## WIR UNTERNEHMER TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR UNSERE EIGENEN EINRICHTUNGEN!

Glaubwürdigkeit ist ein hoher Wert, gerade für Unternehmer. Wir können nicht Effizienz und eine Verringerung der öffentlichen Verschuldung vom Staat und anderen öffentlichen Einrichtungen verlangen, wenn unsere eigenen Sozialeinrichtungen nicht kostendeckend arbeiten und einen Staatszuschuss benötigen. Im Jahr 2014 waren das über 1,7 Milliarden Euro (!), die der Staat zu den gewerblichen (GSVG) und freiberuflichen Pensionen (FSVG) zuschießen musste. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt damit unter 50%! Es kann nicht sein, dass die Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft und der freiberuflich Tätigen einen höheren Staatszuschuss pro Pensionist benötigt als die Versicherten nach dem ASVG. Bei der eigenen Versicherung erleiden wir selbst das Problem der strukturellen Verschiebung der Sozialversicherungsbemessungsgrundlage von Privatunternehmern zu Kapitalgesellschaften. Die Lösung ist wie bei den anderen Sozialversicherungsproblemen die stärkere Einbeziehung der Kapitalerträge. Kapitalerträge müssen durchgängig als sozialversicherungspflichtige Erträge klassifiziert werden, damit die gewerbliche und freiberufliche Sozialversicherung keine staatlichen Zuschüsse mehr benötigt. Wir dürfen nicht die eigene Propaganda glauben (»Maschinensteuer«) und uns damit den Blick auf naheliegende Lösungen verbauen.



Sämtliche Aussagen von Präsident Leitl und Präsident Kapsch bezüglich der Sanierung des österreichischen Pensionsystems sind und bleiben unglauwbüdig, wenn nicht vor der eigenen Haustür gekehrt wird (in Anlehnung an Arnold Schwarzenegger). Wir Unternehmer müssen uns darum kümmern, dass unsere eigenen Sozialeinrichtungen gut finanziert sind, und ein ausreichendes Auskommen im Alter auch für jene sichern, deren unternehmerischer Erfolg nicht ausreichend lange oder ausreichend hoch ausgefallen ist.

Ein weiteres Thema für uns Unternehmer ist die Wirtschaftskammer selbst. Christina Aumayr-Hajek hat das im *Standard* vom 23.10.2014 zugegebenermaßen sehr zugespitzt formuliert: »Wir leisten uns mit einer Milliarde Euro Jahresbudget das teuerste und intransparenteste Wirtschaftskammersystem Europas. Die neun Länderkammern könnte man aus Gründen der politischen Belanglosigkeit augenblicklich einstampfen, nur konnte sich Präsident Leitl dazu nie durchringen. Verständlich. Neun geschützte Werkstätten sind eine fantastische Spielwiese bei der Versorgung politischer Weggeführten. Wo gibt es das heute noch? Eine risikolose Tätigkeit und bis vor kurzem Pensionen in der Höhe von 80 Prozent des Letztbezugs. Auf die längst überfällige Reform der Außenhandelsstellen warten wir bis heute. Österreich leistet sich im Ausland ein ineffizientes Parallelsystem mit 76 Außenhandelszentren (Jahresbudget von 70 Millionen Euro).« Auch wenn man den Aussagen von Frau Aumayr-Hajek nicht in allen Punkten zustimmt, so gibt es bezüglich der Wirtschaftskammern doch

einen Handlungsbedarf. Da gibt es mehr als genug zu tun, wenn wir die Glaubwürdigkeit als Unternehmerschaft behalten möchten.

In diesem Kontext ist auch die lange diskutierte Förderdatenbank stärker einzufordern, damit mehr Transparenz in das staatliche Förderwesen kommt. Dabei sind auch all jene Ausnahmen zu berücksichtigen, die einen Einnahmefall des Staates und damit eine indirekte Förderung darstellen. Es geht darum, dass wir als Unternehmer wie alle anderen Staatsbürger einen möglichst guten Überblick über das Gesamtsystem erhalten, und nicht um Klientelpolitik. Wir haben nichts davon, wenn unsere Verhandlungsteams unangenehme Themen ausblenden lassen wollen. Es wird zahlreiche NGOs geben, die diese Daten letztendlich finden und publizieren. Wir können diese Tatsachen dann nicht ewig ignorieren oder wegargumentieren lassen. Besser ist es, die Tatsachen vollständig zu kennen. Unsere Politik sollte mehr evidenzbasiert sein. Das gilt auch für unsere Interessenspolitik. Weniger Wunsch und mehr Fakten. Das sollten wir als Unternehmer von unseren Interessensverbänden einfordern.

WIR UNTERNEHMER TRAGEN VERANTWORTUNG  
FÜR EINE SAUBERE POLITIK!

Reiche Unternehmer sind immer wieder gefährdet, dass sie ihre Interessen mit allen, vor allem mit finanziellen Mitteln durchsetzen möchten. Der zulässige Einsatz des Firmenanwalts bei rechtlichen Fragestellungen oder von Lobbyisten bei medialen oder öffentlichkeitswirksamen Themen sollte auch der maximale Rahmen für die Beeinflussung der Politik bleiben. Das Kaufen der Politik oder von Politikern sollte für uns Unternehmer keine Option sein.

Manche Dinge wiederholen sich in der Geschichte leider mehrmals, im letzten Akt sehr oft als Farce. Eine derartige Farce durften wir in Österreich in den letzten Jahren miterleben. Das unglückselige Experiment des Team Stronach sollte für uns Unternehmer eine wichtige Lehre sein. Man kann sich nicht seine politische Welt zusammenkaufen. Vor allem dann nicht, wenn es keinen freien Markt dafür gibt, sondern primär die Perspektivsuchenden einer absterbenden Partei (nämlich des BZÖ) günstig zu erwerben sind. Welcher Unternehmer würde eine Werbeagentur kaufen, deren kreative Hauptakteure verschwunden und deren restliche Belegschaft im unteren Mittelmaß angesiedelt sind? Der Geist einer lebendigen, neuen politischen Bewegung entsteht im Schoß der Zivilgesellschaft und nicht in der Geldwechselstube. Dafür braucht

es in erster Linie Zeit und ein gemeinsames Entwickeln eines politischen Programms. Dafür hat das Leben (er war zu lange nicht in Österreich) und das Lebenswerk (diesem fehlte die gesellschaftliche Breite von der Wissenschaft über die Politik und Kultur bis zum Wirtschaftsnetzwerk) von Frank Stronach in Österreich zu wenig Vorlage geleistet.

Das Experiment Team Stronach hat leider der Erinnerung an den tüchtigen Unternehmer Frank Stronach eine schwere Delle zugefügt. Er hat sich damit selbst ein denkbar negatives Kapitel zu seiner eigenen Biografie hinzugesetzt. Vielleicht kann er diese Erinnerung in Österreich durch andere, neue Initiativen wiedergutmachen. Er könnte sich in einer neuen Rolle als Förderer der Kunst oder der Wissenschaft verdient machen. Dort wäre sein Geld jedenfalls besser investiert. Noch glaubwürdiger wäre ein offensives Eintreten für die Integration von Flüchtlingen, das Bereitstellen von Infrastruktur im Bereich der Lehrlingsausbildung und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Flüchtlinge. Er war selbst der sprichwörtliche »arme Schlucker« (in heutiger Diktion: Wirtschaftsflüchtling), als er nach Kanada auswanderte. Er hat dort die Chance seines Lebens bekommen und sie auch selbst in die Hand genommen und erfolgreich genutzt. Damit könnte er als glaubwürdiges Vorbild für Flüchtlinge in Österreich auftreten. Er müsste sich dafür von den Einflüsterern aus dem Dunstkreis seiner (früheren) Partei und der FPÖ verabschieden.

Ganz generell sollten wir Unternehmer mit einem Transparenzkodex unser Eintreten für eine saubere Politik

dokumentieren. Jedes Unternehmen sollte als Teil des Transparenzkodex seine Spenden oder sonstigen Zuwendungen (Personalüberlassungen etc.) an politische Gruppierungen offenlegen. Die Präsidenten Leitl und Kapsch könnten dabei ihre Rolle als »good citizens« beweisen und mit ihren Firmen mit gutem Beispiel vorangehen. Sie könnten als Erste dokumentieren, welche politischen Gruppierungen Spendengelder oder andere Zuwendungen erhalten. Mit diesem Schritt würde sich das Bild der Wirtschaft bezüglich des Themas der Käuflichkeit der Politik deutlich verbessern. Einige Schweizer Großkonzerne haben diesen Schritt bereits gesetzt. Sie haben keine Kunden dadurch verloren, aber an Glaubwürdigkeit massiv gewonnen. Und das ist das wichtigste Gut im Wirtschaftsleben.

Wir Unternehmer sollten mit gutem Beispiel vorangehen und für Transparenz bei der Politikfinanzierung sorgen.

## Literaturverzeichnis

- Daron Acemoglu: Warum Nationen scheitern. Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut, S. Fischer 2013 (gemeinsam mit James A. Robinson)
- Karl Aiginger: Wifo-Chef: Flüchtlingskrise bewältigbar, in *Die Presse* vom 04.10.2015
- Thomas von Aquin: Über sittliches Handeln (Summa theologica I–II), Reclam 2001
- Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben, Piper 2002
- Anthony B. Atkinson: Inequality. What can be done? Harvard University Press 2015
- Florence Aubenas: Putze. Mein Leben im Dreck, Piper 2012
- Sophie Augustin: Bildungshomogamie in Österreich, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 3/2015 (gemeinsam mit Katarina Hollan und Alyssa Schneebaum)
- Christina Aumayr-Hajek: Wo ist Ihre Leistung, Herr Präsident?, in *Der Standard* vom 23.10.2014
- Beth Ann Bovino: How Increasing Inequality is Dampening U.S. Economic Growth, and Possible Ways to Change the Tide. Standard & Poor's 2014
- Clayton Christensen: Das Dilemma der Kapitalisten, *Harvard Business Review*, August 2014
- Lisa Dodson: The Moral Underground. How Ordinary Americans Subvert an Unfair Economy, The New Press 2011
- Émile Durkheim: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Suhrkamp 1992
- Mark Garrett: Bildung: Was sich jetzt wirklich ändern muss, *Der Standard* vom 7.9.2015
- Claudia Goldin: A Grand Gender Convergence: Its Last Chapter, *American Economic Review* 2014
- Tomas Halik: Nicht ohne Hoffnung: Glaube im postoptimistischen Zeitalter, Herder 2014

- Michael Hartmann: Vor allem zählt der richtige Stallgeruch, in *Die Zeit* vom 28. 02. 2013
- Martin Hirsch: Das Stiftungs- und Firmengeflecht des Karl-Heinz Grasser, veröffentlicht am 23.10.2014 von der APA
- Axel Honneth: Das Recht der Freiheit. Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit, Suhrkamp 2013
- Paul Tudor Jones : Just Capital – <http://justcapital.com/>
- Ross Levine: Smart and Illicit: Who Becomes an Entrepreneur and Do They Earn More? University of California Berkeley, August 2013 (gemeinsam mit Rona Rubenstein)
- Mariana Mazzucato: Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, Kunstmann 2014
- Andrew McAfee: The Second Machine Age, Plassen 2014 (gemeinsam mit Erik Brynjolfsson)
- Branko Milanovic: Zu viel des Guten, *Brand eins* 06/2014
- Christoph Neßhöver: Geschlossene Gesellschaft, *Manager Magazin* 11/2015 (über Roosevelts Erbschaftssteuern 1935)
- Andrew Oswald: What Makes an Entrepreneur? Working Paper Warwick University 1998 (gemeinsam mit David G. Blanchflower)
- Josef Pieper: Über die Tugenden: Klugheit – Gerechtigkeit – Tapferkeit – Maß, Kösel 2004
- Thomas Piketty: Das Kapitel im 21. Jahrhunderts, C. H. Beck 2015
- Bernd Pischetsrieder: Daimler-Aufsichtsrat will Ressourcen der Flüchtlinge nutzen, in *Der Standard* vom 26.8.2015
- Carmen M. Reinhart: Growth in a Time of Debt, *American Economic Review*, Mai 2010 (gemeinsam mit Kenneth Rogoff)
- Kaspar Villiger: Liberalismus – Soziale Kälte contra liberaler Gemeinsinn, *Neue Zürcher Zeitung* vom 29.6.2015
- Gabriel Zucman: Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird, Suhrkamp 2014

**»Wir Unternehmer und  
Unternehmerinnen  
tragen Verantwortung  
für die Gesellschaft,  
in der wir leben!«**

Handeln wir auch so? Was genau bedeutet das?  
Und welche Auswirkungen hat es, wenn wir  
unsere Verantwortung nicht wahrnehmen?

Elf Thesen zur unternehmerischen  
Verantwortung. Als Anregung und  
Einladung zum Dialog.